



Glenn Greenwald über Edward Snowden, Julian Assange & das Corporate-Media-Debakel

Das ursprüngliche Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Willkommen bei *The Source*, einer Sendung, die geschaffen wurde, um Whistleblowern, investigativen Journalisten und politischen Experten eine Plattform zu bieten. Mein Name ist Zain Raza. Unser heutiger Gast ist Glenn Greenwald, ein investigativer Journalist und der Mitbegründer von *The Intercept*. 2013 berichtete Glenn über die streng geheimen NSA-Dokumente, die von Edward Snowden enthüllt wurden, und machte sie öffentlich. Glenn Greenwald, danke, dass Sie heute wieder hier sind.

Glenn Greenwald (GG): Danke für die Einladung.

ZR: Beginnen wir mit Edward Snowden. Laut Ihrem Instagram-Account haben Sie ihn letztes Jahr besucht. Können Sie uns sagen, wie es ihm geht und was sein gegenwärtiger und künftiger Status in Russland ist?

GG: Es geht ihm tatsächlich sehr gut. Natürlich muss man diese Einschätzung zu den Erwartungen in Bezug setzen, als wir in Hong Kong waren und zusammengearbeitet haben, und die Erwartungen waren, dass er bald für die nächsten 50 Jahre, wenn nicht lebenslanglich, in einem US-Gefängnis, wahrscheinlich einem Hochsicherheitsgefängnis, in Haft sein würde. Stattdessen hat er in Russland die Freiheit, hinzugehen, wo er will, und vor allem, an der Debatte teilzunehmen, die er selbst mit ausgelöst hat. Er lebt dort mit seiner langjährigen Freundin und seine Familie kann ihn besuchen.

Er ist in einem viel größeren Ausmaß frei, als wir es je erwartet hätten, obwohl er natürlich Russland nicht verlassen kann, weil die US-Regierung immer noch damit droht, ihn zu verhaften, wenn er das tut. Wenn man sich das Ganze also im Kontext der Erwartungen zum Zeitpunkt seiner Enthüllungen ansieht, geht es ihm doch bemerkenswert gut, und er ist sehr glücklich.

ZR: Die öffentliche Meinung in Deutschland steht Snowdens Handeln sehr positiv gegenüber. Die ganzen NSA-Leaks zeigten, wie sogar die deutsche Bevölkerung von der NSA überwacht wird. Aber die deutsche Regierung hat es bis heute abgelehnt, mit ihm zu sprechen – wir, *acTVism München* haben ein Interview mit ihm gemacht, aber die deutsche Regierung hat nichts dergleichen getan. Wie beurteilen Sie die Reaktion der deutschen Regierung und die Art, wie sie Snowden behandelt hat?

GG: Ehrlich gesagt finde ich das wirklich erbärmlich. Viele Regierungen auf der ganzen Welt haben enorm vom Mut Edward Snowdens profitiert, nicht nur in Deutschland, sondern auch hier in Brasilien, wo ich lebe. Es gab eine Unzahl von Enthüllungen, die zeigten, wie die USA und ihre Partner, darunter Kanada und Großbritannien, die Wirtschaft, den Staat und die Bevölkerung Brasiliens ausspioniert haben, genau wie in Deutschland und genau wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Und doch hatte kein einziges Land die Prinzipien oder den Mut, mit der Lage so umzugehen, wie es nicht nur der Anstand, sondern auch das normale Recht gebieten, nämlich Edward Snowden Asyl anzubieten und ihn vor Verfolgung in den USA zu schützen – außer Russland.

Daher denke ich, dass das ein sehr schlechtes Licht auf diese Regierungen wirft, die von all den Enthüllungen, die er ihnen durch seinen Mut zugänglich gemacht hat, profitiert haben. Das gilt auch für Angela Merkel, die eine Menge darüber erfuhr, wie sie persönlich ausspioniert wurde. Aber dann beschloss sie, dass es das nicht wert war, einen Kurswechsel vorzunehmen und auch nur einen Bruchteil desselben Mutes zu zeigen wie er, um ihn vor der Verfolgung zu schützen, der er ausgesetzt war.

ZR: Gehen wir zur nächsten Frage über. Warum ist Edward Snowdens Arbeit heute, fast sechs Jahre später, immer noch wichtig, und wie können Leute ihn persönlich unterstützen?

GG: Ich denke, dass seine Arbeit wichtig ist, weil wir inzwischen verstehen, wie bedeutend diese Enthüllungen waren. Die Massenüberwachung, die er enthüllte, geht ja immer noch weiter, und einige andere Entwicklungen nach der Offenlegung dieser Spionage haben letztere in gewisser Hinsicht noch intensiviert und sogar zu stärkerer öffentlicher Unterstützung geführt. Ich würde sagen, das liegt vor allem an der Panik wegen ISIS und den von ISIS inspirierten Terroranschlägen in Westeuropa wie in Paris oder Brüssel, in Deutschland, in Großbritannien. Es liegt wahrscheinlich sogar noch mehr an der Angst vor Russland, die die westlichen Regierungen ihren Bevölkerungen erfolgreich eingeflößt haben, vor der Bedrohung, die dieses Land angeblich für die westlichen Demokratien darstellt, obwohl seine Wirtschaft kleiner ist als die Italiens. Sie haben das Drehbuch für den Kalten Krieg wieder heraus gekramt und neu aufgelegt.

All das wird kombiniert, um auf vielfältige Art die Idee zu propagieren, dass wir einen Staat wollen und brauchen, der unterschiedslos das ganze Internet ausspioniert. Aber gleichzeitig gibt es auch noch private Internet-Gesellschaften wie Facebook und Apple und Google, die versuchen, ihren Nutzern weiszumachen, dass sie dem Schutz ihrer Privatsphäre verpflichtet sind. Das machen sie, weil sie nicht die nächste Generation von Internet-Usern an Plattformen im Bereich soziale Medien verlieren wollen, die einen echten Schutz der Privatsphäre versprechen. Es gibt Einzelpersonen, die die Dinge in die eigene Hand nehmen, indem sie einen höheren Grad an Verschlüsselung anwenden. Und es gibt viel mehr Mittel zum Schutz der Privatsphäre als je zuvor.

Daher denke ich, dass die Bedrohung der Privatsphäre im Internet in gewissem Sinn jetzt, fünf bis sechs Jahre nach den Enthüllungen sogar noch größer ist, aber dass die Berichterstattung auch eine Menge neuer Möglichkeiten geschaffen hat, um zwischen uns und den staatlichen Stellen eine Barriere zu errichten. Und zu alledem gibt es heute auch ein geschärftes Bewusstsein für die Gefahr der privaten Überwachung durch die Internet-Gesellschaften selbst. Also denke ich, dass die Auseinandersetzung, zu deren Beginn Snowden so viel beigetragen hat, sicherlich weitergeht.

ZR: Wenden wir uns nun Julian Assange zu. Durch einen Zufall oder Irrtum ist herausgekommen, dass die US-Behörden planen, Anklage gegen ihn zu erheben. Können Sie a) über die Bedeutung seines Falles für die Pressefreiheit sprechen und b) eine Einschätzung geben, wie die Medien und das politische Establishment ihn im Vergleich zu anderen Journalisten behandelt haben, die von der Trump-Administration malträtirt worden sind?

GG: Es gibt seit langem Bemühungen, gegen Julian Assange und Wikileaks Anklage zu erheben und sie vor Gericht zu stellen. Sie gehen bis auf die Obama-Administration zurück, die sogar eine Grand Jury einberief und klar machte, dass sie in die Lage kommen wollte, ihn für Handlungen zu verfolgen und anzuklagen, die sie als Verbrechen betrachtete, nämlich Berichterstattung über das, was die US-Regierung heimlich treibt.

Aber schließlich kam die Administration zu dem Schluss, dass das unmöglich war, ohne auch gegen die *New York Times* oder den *Guardian* oder all die anderen Nachrichtenmedien Anklage zu erheben, die entweder mit Wikileaks zusammen arbeiteten oder dieselben oder ähnliche oder noch sensiblere Geheiminformationen veröffentlichten. Wie kann man es rechtfertigen, die Publikation von Dokumenten durch Wikileaks zu kriminalisieren, aber gleichzeitig darauf zu verzichten, die *New York Times*, die *Washington Post* und die anderen Medien zu verfolgen?

Aus diesem Grund hat die Obama-Administration entschieden, Wikileaks nicht zu verfolgen, obwohl sie es gern gewollt hätte und dies auch offen erklärte. Zu diesem Zeitpunkt schienen die US-Medien eher auf der Seite von Wikileaks zu stehen, weil sie die Bedrohung erkannten, die diese Art von Strafverfolgung für sie selbst darstellen könnte und würde. Nach den Wahlen von 2016 änderte sich dann der Blickwinkel der US-Regierung und der US-Medien auf Wikileaks komplett, aber zuvor war die herrschende Wahrnehmung, dass Wikileaks die Kriegsverbrechen der Bush-Administration enthüllte, und so hatte die Plattform eine Menge Unterstützung von Seiten der Linken und Liberalen.

Aber dann kam 2016 und der größte Teil der Wikileaks-Berichte in diesem Jahr schadete der Kandidatin, die von den meisten Medien favorisiert wurde, nämlich Hillary Clinton, und nützte daher Donald Trump. Assange verlor fast alle Unterstützung der Linken und selbst der traditionellen Medien. Und obwohl er nun von einigen Rechten unterstützt wird, ist es doch so, dass Wikileaks in vielerlei Hinsicht von der CIA, dem Justizministerium, dem FBI und der NSA als Staatsfeind Nr. 1 betrachtet wird. Obwohl Trump jetzt an der Spitze des Staates steht, betrachten sie Assange immer noch als einen ihrer Hauptfeinde, weil er jahrelang ihre Geheimnisse gestohlen hat.

Zugleich ist die Unterstützung der Medien für ihn so gut wie verschwunden, da sie ihn nun nicht mehr als neutralen oder gegen die Republikaner agierenden Whistleblower betrachten, sondern als jemanden, der Trump nützt – oder sogar als Handlanger der russischen Geheimdienste. Etwas, das sie mit großer Regelmäßigkeit behaupten, obwohl es keinerlei Belege dafür gibt. All das hat sich also in

der Wahrnehmung von Wikileaks geändert. Die Trump-Administration hat erklärt, dass die Auslieferung und Strafverfolgung von Julian Assange und Wikileaks wegen des – von ihnen als solchen angesehenen – Verbrechens der Publikation von Dokumenten eine ihrer obersten Prioritäten sei. Und dieses Mal ist es viel schwieriger, die Administration daran zu hindern, weil Assange wesentlich weniger Verbündete über das gesamte politische Spektrum hinweg hat als 2011, als die Obama-Administration merkte, dass eine Strafverfolgung unrealistisch war.

ZR: Sehen wir uns einige Argumente an, die oft gegen Wikileaks vorgebracht werden, auch wenn Sie zum Teil schon darauf eingegangen sind. Eines der Argumente ist, dass Assange sich in den politischen Prozess eingemischt habe, und zwar auf Seiten Trumps. Das zweite Argument besagt in etwa, dass die Mitarbeiter von Wikileaks Hacker und keine Medien seien und dass sie aktiv mit Whistleblowern arbeiten würden, statt darauf zu warten, dass die Whistleblower zu ihnen kommen, und dann ihre Arbeit als Journalisten zu machen. Das letzte Argument ist, dass Assange als einzelner Medienmacher zu viel Macht besäße. Könnten Sie auf diese drei Argumente eingehen?

GG: Sicher; die Hälfte davon ist gelogen und die andere Hälfte ist Unfug. Nehmen wir das erste Argument, nämlich die Behauptung, er mische sich in den politischen Prozess ein. Welcher Journalist, der über eine Wahl berichtet, mischt sich denn nicht in den politischen Prozess ein? Die meisten Journalisten in den USA waren ganz offen für Hillary Clinton und nannten Donald Trump, wann immer sie den Mund auftraten, einen Lügner und Faschisten, was natürlich ihr gutes Recht ist. Die Tatsache, dass sie mit Clintons Wahlkampfteam zusammen arbeiteten, dass sie permanent Schmutz über Trump ausgruben, dass sie sich ganz offen für einen Sieg der Demokraten aussprachen, macht sie meiner Ansicht nach nicht zu weniger qualifizierten Journalisten.

Wenn jemand sie wegen der Publikation von Dokumenten anklagen würde, würde ich mich nicht hinstellen und sagen: *Oh, sie waren ganz klar für die eine oder andere Seite und haben dadurch ihren Status als Journalisten verloren.* Journalisten haben nicht die Pflicht, sich aus der Welt heraus zu halten oder vorzugeben, sie hätten keine Meinung, um Journalisten zu bleiben. Journalisten haben sich schon immer gegen Unrecht eingesetzt oder für Dinge, die ihrer Ansicht nach die Welt verbesserten.

Die *New York Times* veröffentlichte die Steuererklärungen Donald Trumps, obwohl sie keine Ahnung hatte, wer sie ihr geschickt hatte, obwohl die Weitergabe und Veröffentlichung von Steuererklärungen ohne Zustimmung der betroffenen Person eine Straftat ist. Es war klar, dass sie das tat, um der Kandidatur Trumps zu schaden, aber es war eindeutig ein Akt des Journalismus, obwohl sie sich damit in die Wahlen einmischte. Journalisten mischen sich die ganze Zeit in Wahlen ein; man nennt das Berichterstattung. Und folgte man der Idee, dass jemand seinen Status als Journalist verliert, wenn er oder sie sich zugunsten des einen oder anderen Kandidaten in die Wahlen einmischt, würden viele Journalisten im Gefängnis landen. Das ist also eine sehr gefährliche und außerdem unsinnige Theorie.

Für die Behauptung, Wikileaks arbeite nicht nur mit Whistleblowern zusammen, sondern würde sich mit ihnen zum Zweck des Dokumentendiebstahls verschwören, wurde nie auch nur der geringste Beleg präsentiert. Als ich vorhin sagte, dass die Obama-Administration Wikileaks verfolgen wollte, war dies genau das, was sie zu beweisen hoffte, um einen Unterschied zwischen Wikileaks und etwa dem *Guardian* oder der *New York Times* machen zu können.

Sie suchte nach Beweisen dafür, dass Wikileaks nicht nur Dokumente von Chelsea Manning bekam, sondern auch vor dem oder während des Hacks mit ihr zusammenarbeitete. Man wollte sagen können, dass Wikileaks an einem Verbrechen mitgewirkt hatte. Und ich weiß, dass manche Medienleute versuchten, auch uns, die Journalisten, die mit Edward Snowden gearbeitet haben, genauso als Mittäter hinzustellen, aber auch dafür wurden keine Belege gefunden.

Demnach kann man Wikileaks, so viel man will, der Mittäterschaft mit Hackern beschuldigen oder als Hacker bezeichnen, aber solange es dafür keine tatsächlichen Beweise gibt, handelt es sich dabei lediglich um Spekulation und Lügen. Da es keine Beweise dafür gibt, ist das für mich kaum eine beeindruckende Theorie. Das einzige, was wir wissen, ist, dass Wikileaks das tut, was alle Medienorgane tun: Sie beziehen Informationen von Quellen, berichten darüber und veröffentlichen sie.

Ich denke, die Hauptlinie des Angriffs auf Wikileaks war die Behauptung, die Plattform habe zu viel Macht und arbeite außerdem mit der russischen Regierung zusammen. Aber hier sollten wir uns daran erinnern, dass über Jahrzehnte hinweg sämtliche großen Enthüllungen zur nationalen Sicherheit in der *New York Times* publiziert wurden. Als Daniel Ellsberg der *New York Times* die Pentagon Papers zukommen ließ, war genau dies das Argument der Nixon-Administration vor dem Obersten Gericht für die Zensur der Zeitung: Warum sollte der Herausgeber der *New York Times* die Macht haben, zu entscheiden, welche Staatsgeheimnisse veröffentlicht würden und welche geheim blieben? Und die Antwort ist, dass genau das die Aufgabe einer freien Presse ist.

Wir bekommen Informationen, die die Mächtigen geheim halten wollen, und dann treffen wir Entscheidungen darüber, welche Veröffentlichungen im öffentlichen Interesse sind und welche nicht. Auch das ist die Aufgabe von Journalismus. Wenn wir also die These akzeptieren, dass Julian Assange zu viel Macht habe, weil er darüber entscheiden kann, was veröffentlicht wird und was nicht, berauben wir damit wieder alle aktiven Journalisten des Schutzes durch den ersten Verfassungszusatz und das Prinzip der freien Presse, und ich denke nicht, dass das irgendwie wünschenswert ist.

ZR: Sie haben das Thema russische Einmischung erwähnt. Untersuchen wir das noch ein bisschen näher. Die Mainstreammedien in Deutschland sind ganz aufgeregt über die angebliche Einmischung Russlands in die US-Wahlen und führen dafür zwei Gründe an, nämlich den Geheimdienst-Report von 2017 und die vom ehemaligen FBI-Direktor Robert Mueller geleiteten Ermittlungen. Ich möchte mich hier aber besonders auf die Ergebnisse der von Robert Mueller durchgeführten Untersuchung konzentrieren. Können Sie über diese Untersuchung sprechen und uns sagen, ob sie bewiesen hat, dass Russland mit Trump zusammengearbeitet hat?

GG: Die Mueller-Ermittlungen haben jetzt etwa anderthalb Jahre oder etwas mehr gedauert. Bis jetzt haben sie noch nicht zur Anklage auch nur eines einzigen US-Bürgers wegen Verschwörung mit Russen bei den Wahlen von 2016 geführt. Was also die Frage betrifft, die die Mueller-Untersuchung auslöste, nämlich die, ob Vertreter von Trump oder andere US-Bürger gesetzeswidrig mit Russen konspiriert haben, um die Wahlen von 2016 zu beeinflussen, kennen wir die abschließende Antwort noch nicht, da die Ermittlungen noch nicht beendet sind. Aber was wir zum jetzigen Zeitpunkt wissen, ist, dass keine Anklagen vorliegen, die behaupten, geschweige denn beweisen würden, dass irgendein US-Bürger oder irgendein Mitarbeiter in Trumps Wahlkampfteam irgendetwas derartiges getan hat.

Es wird behauptet, Vertreter Russlands hätten sich durch Hacken und durch Aktivitäten in den sozialen Medien in die Wahlen eingemischt. Es wird behauptet, US-Bürger hätten Verbrechen begangen, die nichts mit den Wahlen von 2016 zu tun hatten, wie etwa Paul Manafort, der Geldwäsche und Ähnliches betrieben haben soll, oder Leute, die angeblich nach den Wahlen gelogen haben sollen.

Aber zurück zu Ihrer Frage, nämlich der, weshalb es überhaupt eine Sonderermittlung gibt, der Frage, ob irgendwelche Vertreter von Trumps Wahlkampfteam aktiv mit den Russen konspiriert haben, um die Wahlen von 2016 zu beeinflussen. Bis jetzt hat die Mueller-Ermittlung keinerlei Anklagen, Verurteilungen oder Beweise in dieser Sache erbracht und schon gar nicht hat sie gezeigt, dass an alledem etwas Wahres ist.

Da ich kein Wahrsager bin, weiß ich nicht, was noch kommen wird, aber ich weiß, dass der Chefkorrespondent von *ABC News* fürs Weiße Haus, Jonathan Karl, erst vor vier Tagen gesagt hat, der Mueller-Bericht, wenn er denn einmal herauskommt, werde wahrscheinlich, so seine Worte, „eine große Enttäuschung“ sein, weil die Ermittler keinerlei Beweise gefunden haben und gar nicht vorhaben, die Existenz einer Verschwörung der Art zu unterstellen, nach der Sie mich gefragt haben.

ZR: Sie haben von den Medien gesprochen und das möchte ich noch einmal aufgreifen. Sie schreiben oft Artikel über die Unfähigkeit der US-Medien, ihre Stories mit Fakten zu belegen, sogar wenn sie solch weitreichende Behauptungen anstellen wie die über die russische Einmischung. Diese Geschichten werden meist ohne Belege in die Welt gesetzt, folgen keinen journalistischen Standards und müssen oft zurückgezogen werden. Aber dieser letzte Punkt sickert nicht bis zu den deutschen Medien durch und so bringen sie immer wieder die ursprünglichen Behauptungen von Medien wie der *Washington Post* oder *CNN* oder *MSNBC*. Können Sie uns die wichtigsten Stories nennen, die sich als unhaltbar herausgestellt haben, und uns erzählen, warum das so war?

GG: Es ist lustig, dass Sie mich das fragen, weil sich gerade eben nach anderthalb Tagen eine der größten Geschichten in den US-Medien als Rohrkrepierer erwiesen hat. Am Donnerstagabend brachte *BuzzFeed* einen Sensationsbericht, demzufolge Robert Mueller E-Mails und Zeugenaussagen vorgelegen haben sollen, die beweisen sollten, dass Donald Trump seinen langjährigen Anwalt Michael Cohen angewiesen hatte, den Kongress über die Existenz eines Projekts in Moskau zum Bau eines Trump-Hotels oder Trump-Towers anzulügen. Das wurde als eine der größten Stories der ganzen Saga gehandelt, und so wäre es auch gewesen, wenn die Geschichte wahr gewesen wäre. Das hätte bedeutet, dass Trump jemanden aktiv zur Lüge gegenüber dem Kongress angestiftet hätte, um wichtige Informationen geheimzuhalten.

Sehr zum Pech der Leute, die das heraus posaunten und darüber berichteten, meldete sich Robert Mueller selbst zu Wort, der bisher gegenüber den Medien extrem schweigsam war. Er hat kaum einmal auch nur irgendetwas gesagt, weshalb die Medien ihm gottgleiche Macht zuschreiben. Er agiert wie Gott in der Bibel, der alle 2.000 Jahre einmal vom Berg herab spricht. Da Mueller praktisch nie etwas sagt, glauben alle, er sei genauso immun und allmächtig. Aber in diesem Fall kam Mueller von seinem Berg herunter und sprach, und er sagte, dass der *BuzzFeed*-Bericht verkehrt sei.

So erklärte also Robert Mueller selbst, die entscheidenden Teile der *BuzzFeed*-Story seien – so sein Ausdruck – „nicht richtig“, und nachdem viele Medien eineinhalb Tage lang hysterisch insistiert

hatten, dies sei das Ende der Präsidentschaft Trumps, er werde jetzt wohl seines Amtes enthoben und dies sei der Beweis, dass er die Justiz behindert habe, löste sich die ganze Geschichte in Luft auf.

Dasselbe ist wieder und wieder und wieder passiert, und es ist lustig, weil ich gerade an einem Artikel arbeite, den ich heute oder morgen veröffentliche und der von den meines Erachtens zehn peinlichsten Medien-Blamagen in Bezug auf Trump und Russland handelt. Das Schwierigste dabei ist, dass es so viele hervorragende Kandidaten gibt, was es sehr schwer macht, die zehn größten Heuler auszusuchen. Es gab da zum Beispiel Sachen wie in der *Washington Post*, wo behauptet wurde, Russland habe das US-Stromnetz gehackt und sei nun imstande, den Menschen im Winter den Strom abzuschalten, und die ganze Geschichte stellte sich als kompletter Unsinn heraus.

Vor sechs Monaten berichtete *CNN*, dem Sender liege eine E-Mail vor, die beweise, dass jemand Donald Trump Einsicht in das Wikileaks-Archiv von E-Mails noch vor dessen Veröffentlichung angeboten hatte. Und einen ganzen Tag lang galt das als Beweis, dass Wikileaks mit Trumps Wahlkampfteam kollaboriert hatte. Aber dann musste *CNN* peinlicherweise zugeben, dass die Quellen des Senders das Datum der E-Mail falsch gelesen hatten und die E-Mail in Wirklichkeit nach der Veröffentlichung des Archivs verschickt worden war. Es war einfach irgendeine Mail an Donald Trump Jr., die diesen aufforderten, sich einmal etwas anzusehen, was alle Welt schon kannte, und es gab keinerlei Zugang im Voraus, wie *CNN* es behauptet hatte. Ein anderes Mal musste *CNN* seine eigenen Reporter entlassen, weil sie behauptet hatten, ein hoher Mitarbeiter Trumps habe Beziehungen zu einer russischen Investmentbank, gegen die ermittelt wurde, während er in Wirklichkeit nie etwas mit dieser Bank zu tun hatte.

Eine meiner Lieblingsgeschichten ist etwa vier Monate alt. Es gab da diesen mysteriösen Vorfall in Kuba, wo etliche in Havanna stationierte US-Diplomaten – so werden Spione offiziell bezeichnet – unter Kopfwahl und anderen psychischen Beschwerden litten, deren Ursache angeblich ein sehr merkwürdiges Geräusch im Umfeld der Botschaft war. Die Spekulation war, es handele sich dabei um eine hochmoderne akustische Waffe unter Verwendung von Mikrowellen. Und *MSNBC/NBC* ging auf Sendung und erklärte, man habe aus sicherer Quelle erfahren, dass hinter diesem akustischen Angriff, der so raffiniert war, dass nicht einmal das Pentagon verstand, worum es sich hier handelte, die Russen steckten. Vor etwa einer Woche haben Wissenschaftler die Aufnahmen der von den angeblich so geheimnisvollen, effizienten und hochmodernen akustischen Waffen stammenden Geräusche analysiert und festgestellt, dass es sich dabei um Zirplante einer bekannten karibischen Grillenart während der Paarungszeit handelte.

Wir haben hier also immer und immer wieder die Art von Berichterstattung, die dazu geführt hat, dass die US-Öffentlichkeit glaubte, Saddam Hussein habe Nuklearwaffen, er sei im Bündnis mit Al-Kaida und sogar, dass er an der Planung der Anschläge vom 11. September beteiligt gewesen sei. Und wieder und wieder und wieder stellen sich diese Stories als Unsinn heraus, weil sie ohne jeden Beleg veröffentlicht werden, und das werden sie nur deshalb, weil Mitarbeiter von Geheimdiensten, die eigens ausgebildet sind zu lügen und denen Lügen im Blut liegt, den Medienleuten sagen, sie sollten sie veröffentlichen, und dann tun diese ganz getreulich genau das.

Und dann gehen die Nachrichten um die ganze Welt. Und genau, wie Sie sagen – und in Brasilien nicht anders – werden diese Falschnachrichten dann massiv weiterverbreitet. Aber auf die Dementis achtet danach fast nirgendwo mehr jemand, obwohl sie für die US-Journalisten und die US-Medien

eine Blamage sind. Die Leute, die diese Enten tweeten, bekommen 30.000 bis 40.000 Retweets und die Zahl ihrer Twitter-Follower wächst auf das Doppelte, aber wenn sie dann ein Dementi tweeten, was selten vorkommt, bekommen solche Dementis vielleicht 50 oder 100 Retweets.

ZR: Kommen wir zur nächsten Frage: Wie reagieren die Medien auf all das und wie kann die Öffentlichkeit gegenüber den Medien reagieren, wenn diese so mangelhaft berichten und das dann noch nicht einmal zugeben wollen?

GG: Das ist eine wirklich interessante Dynamik, jetzt, wo Präsident Trump Angriffe auf die US-Medien zu einem seiner Hauptthemen gemacht hat. Er nennt sie oft „Fake News“ und „Lügenmedien“ usw. Die US-Medien sind hier sehr, sehr versiert und reagieren mit großer melodramatischer Empörung, wann immer sie als Fake News bezeichnet werden. Sie bezeichnen diese Art von Beleidigung als ernste Bedrohung der Demokratie und haben ein hervorragend einstudiertes Drehbuch, das sie nutzen, wann immer man ihnen zu nahe tritt.

Also finden wir bei ihnen viel Entrüstung, Ärger, Wut, Kränkung und Beleidigung, wann immer sie der Verbreitung von Falschnachrichten bezichtigt werden. Aber leider fragen sie sich so gut wie nie, warum diese Angriffe auf Resonanz stoßen, warum das Vertrauen in die Medien zusammengebrochen ist, warum Donald Trump die Strategie gewählt hat, die Medien zu seinem Feind zu erklären. Und der Grund ist, dass man sich in den USA an die Lügen von 2002 und 2003, nicht nur über den Irakkrieg, sondern auch über Folter, Kollaboration zur Folter und Guantanamo erinnert. Und auch an die von 2008, als die Experten, die der Bevölkerung als die einzigen Bewahrer der Wirtschaft verkauft wurden, dieselbe in den Zusammenbruch steuerten, der bis heute enorm viel Not und Leid verursacht hat.

Es gibt überall einen Verlust an Vertrauen in die Institutionen der herrschenden Klasse, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa. Dort sehen wir es am Brexit oder am Aufstieg extremistischer Parteien in Deutschland und Frankreich oder der Bewegung der gelben Westen, die mehr oder weniger unideologisch und einfach wütend auf den Status Quo ist. Wir sehen dasselbe hier in Brasilien, wo gerade ein Rechtsextremer gewählt wurde, und das in einem Land, das zuvor linke Politiker gewählt hat. Nicht, weil sich die Ideologie groß geändert hätte, sondern weil es einen Zusammenbruch des Vertrauens in die herrschende Klasse gab, und das aus guten Gründen.

Aber die herrschende Klasse und die Medien scheinen darauf zu reagieren, indem sie alle beschimpfen, die das gut finden, aber sich wenig Zeit für Selbstkritik oder die Analyse eigener Fehler nehmen. Und solange sie nicht anfangen, sich darüber klar zu werden, welchen Anteil ihr eigenes Handeln an einem Großteil dieser politischen Entwicklungen hat, fürchte ich, dass sich die Lage noch weiter verschlechtern wird.

ZR: Wie kann die Öffentlichkeit Ihrer Meinung nach hier eine Rolle spielen? Sollte sie die Medien einfach boykottieren oder sich stärker auf die Unterstützung eines unabhängigen Journalismus konzentrieren? Was können Einzelne tun, um eine stärkere Kontrolle der Medien zu bewirken?

GG: Ich denke, dass die Öffentlichkeit die Medien *schon jetzt* boykottiert und dass es genau deshalb so viele neue Websites überall im Internet gibt. Einerseits geht das auf ein nur zu verständliches Motiv zurück, nämlich darauf, dass die Leute, aus guten Gründen, diesen Berichten und diesen Medien nicht

mehr glauben. Auf der anderen Seite kann sie das in die Arme von Medien treiben, die mindestens genauso betrügerisch sind und ihre eigenen üblen Zwecke verfolgen.

Daher ist es meines Erachtens die wichtigste Pflicht aller Bürgerinnen und Bürger, niemandem, der ihnen etwas erzählt, ganz gleich, für wie vertrauenswürdig sie diese Leute halten, und ganz gleich, wie nahe sie ihnen politisch stehen, etwas zu glauben, bevor sie einem echte Belege dafür präsentieren. Sich, wenn eine Regierung etwas behauptet, nicht damit zufrieden zu geben, den fraglichen Politikern zu glauben oder zu vertrauen, als wären sie eine kirchliche Autorität – bis sie dokumentarische Beweise vorlegen, die sich jeder ansehen und selbst bewerten kann.

Man sollte nichts, was man im Internet sieht, einfach glauben, wenn keine Beweise dafür vorgelegt werden. Ich denke, das Wichtigste hier ist, dass die Bürger ein kritisches Denken entwickeln und es auf alles und jeden anwenden. Sobald ihnen das dauerhaft gelingt, werden es die Kräfte, die die Öffentlichkeit täuschen und irreführen wollen, immer schwerer haben.

ZR: Kommen wir zu meiner letzten Frage: Die politische Landschaft heute ist ziemlich schwierig für Aktivisten und politische Journalisten. Auf der einen Seite haben wir Donald Trump an der Macht, wo er unmittelbares Leid verursacht, etwa, indem er an Landesgrenzen Kinder von ihren Eltern trennt oder Irak und Syrien bombardiert. Aber auf der anderen Seite haben wir diese Frage, die wir, wie Sie sagen, intensiver diskutieren sollten, nämlich die nach den Bedingungen und Faktoren der Vergangenheit, die zu Donald Trump geführt haben. Sie warnen ja auch davor, dass durchaus auch eine noch schlimmere Version von Donald Trump an die Macht kommen könnte. Wie sollten Leute mit einem begrenzten Vorrat an Zeit, und auch Journalisten und Aktivisten, mit diesem Dilemma umgehen, das unmittelbares Leid und langfristiges Denken darstellt?

GG: Das ist deshalb eine schwierige Frage, weil wir versucht sind zu sagen, langfristiges Denken sei Luxus, wenn wir einen Präsidenten haben, der etliche der furchtbaren Dinge tut, die Sie gerade genannt haben. Aber er hat dennoch die Wahlen gewonnen und wird, falls nicht irgendetwas äußerst Unerwartetes geschieht, noch weitere zwei Jahre im Amt sein. Und es ist nicht nur Donald Trump, es sind auch die Leute auf der ganzen Welt, die einer ähnlichen Ideologie folgen und entweder schon dabei sind, Wahlen zu gewinnen oder kurz davor sind.

Großbritannien tritt gerade aus der EU aus, und die Gründe sind ähnliche wie die für den Sieg Trumps. Marine Le Pen und die Le-Pen-Bewegung in Frankreich werden stärker, besonders jetzt, wo Macron, der sie bei den Wahlen geschlagen hatte, immer schwächer wird. Hier in Brasilien hat Jair Bolsonaro gerade mit ähnlichen Themen gewonnen.

Solange wir uns also nicht fragen, was an der von der herrschenden Klasse gepflegten Philosophie des Neoliberalismus und Militarismus so viele Menschen so verzweifeln lässt und wütend macht, dass sie sich Extremisten und Scharlatanen und Hochstaplern und Betrügern zuwenden, nur weil diese sich außerhalb der bestehenden Machtstruktur verorten – solange wir uns diese Frage nicht sehr ernsthaft und konstruktiv stellen, um herauszufinden, wie wir das verändern können, können wir natürlich mit den Füßen stampfen, so viel wir wollen, und jeden, der diese Leute unterstützt, als Rassisten oder Faschisten bezeichnen oder aufgeregt demonstrieren.

Doch solange wir eine Demokratie haben, aber eine Ideologie unterstützen, die die Zukunft von zig Millionen von Menschen zerstört, werden diese auch weiterhin für Leute und Dinge stimmen, die uns nicht gefallen. Und auch wenn es vielleicht befriedigender ist, Leute zu beschimpfen oder sie mit äußerst negativen Etiketten zu versehen, scheint mir das nicht sonderlich konstruktiv. Wenn es darum gehen soll, herauszufinden, wie man diese Bewegung stoppen kann, muss man zunächst die Alternative dazu und dann die Mängel dieser Alternative untersuchen und herausfinden, wie man sie überzeugender und attraktiver machen kann.

ZR: Glenn Greenwald, investigativer Journalist und Mitbegründer von *The Intercept*, vielen Dank für Ihre Zeit.

GG: Hat mich gefreut, hier zu sein. Danke für die erneute Einladung.

ZR: Und danke an alle, die heute dabei waren. Vergessen Sie nicht, unseren Youtube-Kanal zu abonnieren und zu spenden, denn wenn Sie das nicht tun, können wir Ihnen keine unabhängigen, nicht-kommerziellen Nachrichten und Analysen liefern. Mein Name ist Zain Raza. Dann bis zum nächsten Mal.

ENDE